

#### Citation style

Melčić, Dunja: Rezension über: Mirjana Kasapović, Bosna i Hercegovina. Podijeljeno društvo i nestabilna država, Zagreb: Politička Kultura, 2005, in: Südost-Forschungen, --, 68 (2009), S. 706-710, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/647e9bb64c01357a2ea7a89dc7b290e8>



#### copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

## Geschichte: seit 1990

**Mirjana KASAPOVIĆ, Bosna i Hercegovina: Podijeljeno društvo i nestabilna država**  
[Bosnien-Herzegowina: Geteilte Gesellschaft und instabiler Staat]. Zagreb: Politička kultura 2005. 231 S., ISBN 953-6213-94-X, KUN 30,-

Der desolate gesellschaftliche Zustand, in den die serbische Aggression und der bosnisch-kroatische Krieg im Kriege den bosnischen Staat gestürzt haben, dauert, eineinhalb Jahrzehnte nach dem Kriegsende, noch an. Doch auch ohne solch widrige politische Bedingungen ist Bosnien-Herzegowina durch seine geschichtlich gewachsene Verfasstheit ein gesellschaftlich komplexes und politisch prekäres Gebilde; das nun zum ersten Mal in den modernen Zeiten selbständige Land stünde auch sonst vor einer gewaltigen Aufgabe, um aus der segmentierten Gesellschaft ohne demokratische Traditionen und moderne politische Erfahrungen eine stabile Ordnung auszubauen.

Die aus dem zentralbosnischen Vareš stammende Zagreber Politologin Mirjana Kasapović widmete 2005 diesen Fragen nach der möglichen bzw. der ethnisch segmentierten bosnischen Gesellschaft adäquaten Grundordnung eine kleine Studie, und zwar vor dem Hintergrund heftiger verfassungsrechtlicher Debatten im Lande einerseits und verschiedener Thesen der westlichen Demokratietheoretiker, die sich zahlreich über Bosnien-Herzegowina den Kopf zerbrochen haben, andererseits. Das hier anzuzeigende Buch, das unter dem heimischen Publikum weitere hitzige Kontroversen auslöste und von den Kollegen im Westen weitgehend ignoriert wurde, besteht aus 6 Kapiteln, enthält 12 Tabellen, ein ausgezeichnetes Literaturverzeichnis sowie ein Namens- und ein Sachregister.<sup>1</sup>

Das kurze 1. Kapitel bietet eine prägnante Übersicht des Forschungsstandes, bei der sowohl die Ergebnisse der heimischen wie der westlichen Politikwissenschaftler und Soziologen zu Bosnien-Herzegowina berücksichtigt werden (13-22). Neben einigen leicht nachvollziehbaren kritischen Anmerkungen (besonders in Bezug auf bosniakische Veröffentlichungen) lenkt die Autorin die Aufmerksamkeit auf jene westlichen Forscher, die sich darin einig sind, dass Bosnien-Herzegowina eine tief gesplante Gesellschaft ist, und in der paritätisch geteilten Regierungs- und Staatsmacht die Lösung für das bosnische Problem sehen. Kasapović eignet sich die Bezeichnung „consociational democracy“ (konsocijacijska demokracija) an, die insbesondere vom holländischen Politologen Arend Lijphart zu einem gängigen Terminus in der vergleichenden Politikwissenschaft gemacht wurde. Im deutschsprachigen Raum haben sich andere Termini, wie Konkordanz- und Proporzdemokratie (Gerhard Lehmbruch) etabliert, die sich auf die demokratischen Systeme in der Schweiz, in Österreich und z. T. in Deutschland beziehen, Systeme, die als Alternative zur sog. Konkurrenz- bzw. Mehrheitsdemokratie gelten, also auf einem Aushandeln zwecks Machtteilung beruhen, weshalb Lehmbruch auch die Bezeichnung „Verhandlungsdemokratie“ gebraucht.

Im 2. Kapitel (23-76) bietet die Autorin folglich eine Übersicht der Modelle der geteilten Herrschaft und der Theorien über die Verfassungen der nichtmajoritären Demokratie, die als Alternative zur klassischen liberalen Demokratie entwickelt wurden, wodurch z. T. auch die liberalen Thesen, wonach das Herrschaftsprinzip durch politische Vertretung nur auf der Grundlage einer homogenen Bevölkerung (John St. Mill, „Federal Papers“)

also letztlich als Mehrheitsdemokratie (bzw. Westminster-Modell) möglich sei, widerlegt werden. Knapp schildert die Autorin die lebhaften Diskussionen der letzten Jahrzehnte, die bunter kaum sein könnten, weil die Theoretiker sich auf unterschiedliche Ausgangslagen und Lösungen beziehen, wenn sie denn wie etwa in Holland und der Schweiz, in Belgien, Libanon, Nordirland gefunden wurden oder eben nicht (Sri Lanka u. a.); damit schafft sie sich die Basis für eine vergleichende Erforschung des bosnischen Falles. Sie berührt auch die Kritik der klassischen Liberalismustheorie durch neoliberale Theoretiker, die auf die Kollektivrechte hinweist (z. B. Will Kymlicka und einige andere Autoren) und die Fragen der Demokratie in multiethnischen, pluralen oder extrem gespaltenen Gesellschaften berücksichtigt, womit sie eine Plattform für die Kritik der vorwiegend bosniakischen Konzeption einer „transethnischen“ liberalen Mehrheitsdemokratie gewinnt. Die Autorin schildert dann die Entwicklung der Demokratie in den Niederlanden, in Österreich und der Schweiz, um in den letzten beiden Teilen dieses Kapitels die theoretische Ausarbeitung dieser Erfahrungen darzulegen und die Modelle der Konkordanz- und Proporzdemokratie (Gerhard Lehmbruch) bzw. der „consociational democracy“ (Arend Lijphart) vorzustellen. Ausführlich zeigt sie, wie der Politikwissenschaftler Arend Lijphart, ausgehend von der niederländischen Gesellschaftsverfassung in der ersten Hälfte des 20. Jh.s, die Frage der Demokratie in einer *gespaltenen* Gesellschaft behandelt – man spricht im holländischen Fall auch von „Versäulung“ bzw. vom „segmentierten Pluralismus“ –, und es wird klar, wie wichtig es der Autorin ist, damit einen Nachweis präsentieren zu können, dass eine demokratische Ordnung trotz tiefer ethnischer Spaltung in der Gesellschaft eben doch aufgebaut werden bzw. wie sie realistischerweise zustande kommen kann. Sie gibt auch Lijpharts Katalog von günstigen Bedingungen, Faktoren und Voraussetzungen für die Entstehung von Konkordanzdemokratie in kroatischer Sprache wieder (Tab. 1, 51).

Die beiden nächsten Kapitel sind zentral: Kapitel 3 („Konsocijacija u Bosni i Hercegovini: povijesne pretpostavke i oblici“) behandelt die politische Geschichte Bosnien-Herzegowinas im Lichte seiner althergebrachten kulturellen Fragmentierung und religiösen bzw. konfessionellen Segmentierung sowie institutionelle Mechanismen und Vorkehrungen in den modernen Zeiten, die dieser Realität – wie auch immer unvollkommen – zu entsprechen versuchten (77-150); Kapitel 4 („Bosna i Hercegovina kao ustavna konsocijacijska demokracija“) analysiert das politische System der unabhängigen Republik, d. h. die verfassungsrechtliche Grundlage des Nachkriegsbosnien und versucht seinen staatsrechtlichen Grundcharakter, der sich aus den Verfassungsgesetzen ergibt, herauszuarbeiten, der aber im Text der sog. Dayton-Verfassung nicht *expressis verbis* definiert wurde (151-157).

Ich fasse nun die wichtigsten Ergebnisse dieser Analyse zusammen: Kasapović zeigt, dass in Bosnien-Herzegowina einige den Aufbau von Konkordanzdemokratie begünstigende Bedingungen – z. B. ein ungefähres Machtgleichgewicht, mit möglichst mehr als nur zwei Lagern – aus Lijpharts Katalog erfüllt sind; will hier konkret sagen, dass keine der drei Bevölkerungsgruppen in der neueren Geschichte je über eine absolute Mehrheit verfügte. Besonders wichtig erscheint als begünstigender Faktor der Umstand, dass trotz der starken Segmentierung der Gesellschaft eine lange Tradition der „Konsozietät“, d. h. des Nebeneinanderlebens, aus vordemokratischer Zeit besteht; dasselbe gilt in Bezug auf die „positive Voraussetzung“, dass es sich um ein kleines Land handelt.

Die drei durch unterschiedliche Konfessionen und Religionen samt unterschiedlichen Wertordnungen geformten Großgruppen der Muslime, Serben und Kroaten, die jahrhundertlang nebeneinanderlebten, orientierten sich allerdings nach jeweils anderen kulturellen Zentren und Zivilisationen außerhalb des Landes. Die ethnischen Polarisierungen waren abhängig vom Charakter der Reichsherrschaft; salopp ausgedrückt und stark verallgemeinert seien „die Serben und Kroaten gegen das Osmanische Reich, Muslime und Serben gegen die österreich-ungarische Monarchie und Kroaten und Muslime gegen das Königreich Jugoslawien“ gewesen. Also optierten die drei Gruppen nie massiv gemeinsam für einen Staat (83-86). Als im 19. Jh. die ersten kulturellen und politischen Vereine gegründet wurden, waren sie alle eindeutig ethnisch-religiös geprägt, d. h. die Gesellschaft bestand – in Worten eines bosnischen Historikers – aus „drei abgesonderten, parallelen national-gläubigen Kreisen“, den Kasapović zusammen mit einer Reihe anderer bosnisch-bosniakischer Autoren ausgiebig zitiert, wobei sie besonders unterstreicht, dass trotz dieser diagnostizierten „Trialität“ in der Gesellschaft die Produzenten der „modernen bosniakischen politischen Ideologie“ mehrheitlich auf der Errichtung „eines ethnisch ‚nicht-differenzierten‘ oder ‚neutralen‘ Staates“ beharren (95). Die Autorin führt aus, wie – im Unterschied zu dieser Haltung – bereits die ersten staatspolitischen Lösungen in der neueren Geschichte dieser Segmentierung halbwegs Rechnung trugen; so bestand das erste annähernd moderne Repräsentantenhaus („Bosanski sabor“), errichtet 1910, neben 20 ex officio bestellten Virilisten aus 72 gewählten Mitgliedern, die in drei konfessionell-nationale Gruppen, sog. Kurien, gegliedert waren. Die Mandate im Landtag wurden proportional zu drei Bevölkerungsanteilen festgelegt, und zwar 31 für die serbisch-orthodoxen (43 %), 24 für die muslimischen (33 %) und 16 für die kroatisch-katholischen Abgeordneten (22 %); hinzu kam noch 1 jüdischer Repräsentant (97). Sie geht auch ausführlich auf das widersprüchliche System aus den Jahrzehnten des kommunistischen jugoslawischen Staates ein, das formal den Besonderheiten der drei Volksgruppen in Bosnien-Herzegowina Rechnung zu tragen schien; doch dienten die Institutionen des „repressiven Föderalismus nicht dem Schutz und der Förderung nationaler Identitäten, sondern deren ideologischer Kontrolle und der Entpolitisierung“ (108). Ob man Gremien und Regierungen in einer Diktatur nach Parität oder/und nach Proporz bestückt, ist kaum mehr als eine Simulation, zumal die Besetzung der Ämter nach diesen Regeln nicht mehr als „symbolisch“ war; denn in allen wichtigen Behörden und Institutionen waren serbische Angestellte und Beamte überproportional vertreten (112f., mit Belegen aus bosnischen Erhebungen).

Der wichtigste Befund liegt aber darin, dass, wann immer die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas ohne Repression und Druck entscheiden konnte, die politische Segmentierung in die nationalen bzw. konfessionellen Gruppen direkt oder indirekt ganz deutlich wurde (158). So geschehen insbesondere bei den ersten freien Wahlen 1992, deren Ergebnisse fast jenen einer Volkszählung gleichkamen.

Die Staatsordnung der Dayton-Verfassung erweist sich als „asymmetrische Konföderation“ und die Analyse anderer Institutionen und Mechanismen politischer Entscheidungen zeigt, dass sie dem Modell einer Konkordanzordnung entsprechen und als Konsens- sowie Proporzdemokratie konzipiert sind. Anders als die vielen Kritiker dieser kompliziertesten Staatsordnung auf dem europäischen Boden, behauptet die Autorin, dass die bisherigen

Mängel und Misserfolge in der bosnischen Realität nicht aus „der inhärenten Schwäche des Modells selbst oder seiner Untauglichkeit für die bosnisch-herzegowinische Gesellschaft, sondern aus dem Fehlen der politischen Grundvoraussetzungen“ herrühren (157).

Im 5. Kapitel entwickelt Kasapović ihre Kritik dieser Mängel, die zur Hemmnis für die Verwirklichung der Konkordanzdemokratie werden (162-191). Dies sind das Fehlen einer Minimalübereinstimmung unter den Vertretern aller drei konstitutiven Nationalgruppen über 1) die Staatsgemeinschaft, 2) die politische Ordnung sowie 3) mangelnde Folgerichtigkeit in der Strategie der internationalen Akteure beim Aufbau des Staates und der Demokratie.

Die hauptsächliche Kritik betrifft die politische Unfähigkeit der bosnischen Eliten, zu einem elementaren Konsens zu kommen, wobei Kasapović die bosniakische Elite als den Hauptgegner des gegebenen Verfassungsmodells bezeichnet.

Die Kritik aus den bosniakischen Kreisen unterstellt solchen Konzeptionen, die eine konsequente und effiziente Konkordanzdemokratie befürworten, den Zerfall des Staates in Kauf zu nehmen oder gar zu betreiben. Doch das Gegenteil ist wahr: Sowohl Kasapović als auch anderen Befürwortern dieser Lösung – darunter sind solche Verkörperungen des Bosnietums wie der Schriftsteller und Kulturwissenschaftler Ivan Lovrenović, aber auch der bosnisch-serbische Politologe Ugo Vlaisavljević – geht es um Erhalt und Zusammenhalt des Staates.

Darüber kann es gar keinen Zweifel geben, denn die ganze Argumentation Kasapovićs ist auf dieses Ziel hin angelegt und in dem abschließenden 6. Kapitel wird das noch betont sowie durch pragmatische und realistische Vorschläge konkretisiert (192-200). Mit dem fehlenden Konsens unter den Eliten entbehrt die bosnische Staatsordnung des wichtigsten Faktors für das Gelingen der Konkordanzdemokratie. Um eine Basis für Verhandlungen zu gewinnen, „müssen die Eliten im Voraus auf ihre Maximalforderungen verzichten“, wobei sie anerkennen müssen, dass es Angelegenheiten gibt, die für „Verhandlungen nicht zur Disposition stehen ... wie die Identitätsfrage der konstitutiven Gemeinschaften“. Die Autorin entwickelt ein überzeugendes Modell, mit dem eine Politik der „Accommodation“ (Lijphart) ansetzen und zu Verhandlungen über eine Verfassungsreform führen könnte, deren Ziel eine Föderation der ethnisch und territorial definierten Teile der drei nationalen Gemeinschaften sein sollte; doch dafür müssten die Parteien – um mit Lehmbruch zu sprechen – erst imstande sein, die nötige „pragmatische Toleranz“ wechselseitig entgegenzubringen; das sind sie aber nicht.

Durch die Lektüre dieses – sehr dicht geschriebenen und zugegebenermaßen nicht leicht zu lesenden – Buches gewinnt man allerdings den Eindruck, dass in Bosnien-Herzegowina die allerwichtigste Voraussetzung für eine Vereinbarung fehlt, nämlich die *Not*, dies überhaupt tun zu müssen. Zusammengehalten wird Bosnien-Herzegowina durch den Willen und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft, die ja auch für den Erhalt des Dayton-Vertrags sorgt; das Bewusstsein und der Wille aller drei Gruppen aber, dass sie zur Zusammenarbeit verurteilt sind, dass sie also anders nicht können und sich folglich durch Verhandlungen und auf der gegebenen Basis einigen müssen, fehlen. Die Autorin spielt die dafür nötigen Forderungen aller drei Gruppen durch und merkt an, dass es insbesondere für die bosnischen Serben keine Not zur Verhandlung gibt, da sie mit ihrer abgeschotteten,

ethnisch gereinigten Republika Srpska erreicht haben, was sie wollten: den serbischen „Staat im Staate“. Freilich hegen sie noch ein weiteres Ziel: sich von Bosnien-Herzegowina ganz zu trennen. Die Autorin scheint in der bosniakischen nationalistischen Ideologie und der wirklichkeitsfremden Weigerung, das Faktum der geteilten Gesellschaft überhaupt anzuerkennen, das Haupthindernis für eine Einigung auf dem Weg zur Konkordanzdemokratie zu sehen; die Rezensentin vermutet hingegen, dass dieses eher bei den bosnisch-serbischen und Belgrader Politikern zu suchen ist, weil die Ersteren überhaupt kein Bosnien-Herzegowina wollen, die Trennungsoption nicht aufgegeben haben und von einem Zusammenschluss mit Serbien träumen, während die Letzteren dies zumindest dulden, wie schon in der einleitenden Bemerkung angedeutet.

Frankfurt/M.

Dunja Melčić

<sup>1</sup> Die Debatte ist besonders gut durch die Mostarer Zeitschrift *Status* dokumentiert, die die Beiträge aller Seiten in den letzten Jahren veröffentlichte, d. h. vor allem der sog. „Unitaristen“, die die „Ethnisierung“ des bosnischen Staats anprangern einerseits und der Befürworter der Konkordanzdemokratie andererseits (<<http://www.status.ba>>).

**Ozren ŽUNEC, Goli život. Socijetalne dimenzije pobune Srba u Hrvatskoj** [Nacktes Leben. Die sozialen Dimensionen des serbischen Aufstands in Kroatien]. Zagreb: Demetra 2007. 2 Bände, zus. 978 S., 7 Abb., 16 Diagramme, 31 Tab., ISBN 978-953-225-068-9. KUN 320,-

Dieses zweibändige Werk stellt – nicht nur wegen des Umfangs – ein Opus magnum des Zagreber Philosophen und Soziologen Ozren Žunec dar. Der Autor warf seinen Blick recht früh auf die gesellschaftlichen Aspekte des Krieges, den er als Phänomen bereits Anfang der 1990er Jahre auf breiter Basis zu erforschen begann, was zu aufsehenerregenden Ergebnissen führte, die in rascher Abfolge veröffentlicht wurden.

Dieses Werk, das auf diesen Vorarbeiten und auf den Ergebnissen der Lehrtätigkeit über Kriegssoziologie an der Zagreber Universität aufbaut, besteht aus 4 Teilen mit 9 Kapiteln, 7 Exkursen, 31 Tabellen, 16 Diagrammen und 7 Abbildungen; es hat ein umfangreiches Literaturverzeichnis (909-978), das man sich allerdings etwas sortierter wünschte. Dem ersten Teil sind ein kurzes Vorwort und ausführliche einführende Bemerkungen über die Erforschung und Deutung des serbischen Aufstands in Kroatien vorangestellt; darin bestimmt der Autor die Ziele und den Gegenstand seiner Studie und gibt eine Übersicht der Quellen und deren unterschiedliche Auslegungen samt kritischer Auswertung. Im Zusammenhang mit dem umfangreichen Material des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag (ICTY), das Žunec zu Recht als wichtige Quelle benutzt, erfolgt auch schon der erste Exkurs (23-66), der sich mit der Bedeutung des ICTY für die Geschichtsschreibung, aber auch mit vielen anderen Fragen aus dem Komplex um den Strafgerichtshof beschäftigt und auf die vielen kontroversen Diskussionen eingeht.